

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/112

4. November 1976

Zustimmung zum Kupferabkommen mit Polen

Sicherung der Rohstoffversorgung und weiterer Ausbau
der Handelsbeziehungen

Von Hans-Jürgen Junghans MdB

Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion und
Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik

Seite 1 und 2 / 49 Zeilen

Arbeitslosigkeit bleibt eine Herausforderung

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des Oktober 1976

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und So-
zialordnung

Seite 3 und 4 / 78 Zeilen

Plädoyer für eine Denkpause

Zum Atomenergiebeschluß der SPD Schleswig-Holsteins

Von Günther Jensen

Landesvorsitzender der SPD in Schleswig-Holstein

Seite 5 / 42 Zeilen

Die Gefahr der Konfrontation vermeiden

Zur Sportpolitik bei der UNESCO-Generalkonferenz

Von Manfred Wende MdB

Sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 6 und 7 / 63 Zeilen

Neue Rufnummer :

219036/39

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 32 90 37 - 38
Telefax: 08 99 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Zustimmung zum Kupferabkommen mit Polen

Sicherung der Rohstoffversorgung und weiterer Ausbau der Handelsbeziehungen

Von Hans-Jürgen Junghans MdB

Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestagefraktion und
Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik

Das am 2. November 1976 unterzeichnete deutsch-polnische Kupferabkommen ist ein wichtiger Schritt zur langfristigen Sicherung der Kupferversorgung der Bundesrepublik und gleichzeitig ein weiterer Fortschritt beim Ausbau der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen im Sinne der Beschlüsse der KSZE. Nachdem anlässlich des Besuchs des polnischen Parteisekretärs Edward Gierek in der Bundesrepublik das Kohlevergasungsprojekt in Höhe von mehreren Milliarden DM zum Abschluß gekommen war, wurde nun nach langer Verhandlung das zweite Großprojekt zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland realisiert.

Dies ist ein Beispiel dafür, daß die Schaffung der politischen Voraussetzungen den positiven Abschluß der Verhandlungen zwischen den beteiligten Firmengruppen zum beiderseitigen Nutzen ermöglicht hat. Es ist ein begrüßenswertes Ergebnis, daß bei den Verhandlungen zwischen den Firmen des deutschen Konsortiums unter Führung der Metallgesellschaft mit der polnischen Gruppe über die langfristige Lieferung von jährlich 40.000 Tonnen Elektrolytkupfer, sowie zwischen dem deutschen Bankenkonsortium und einer polnischen Bank über die Gewährung eines Kredites von 300 Millionen DM zur Erschließung von Kupferlagerstätten die wirtschaftlichen Interessen der Volksrepublik Polen zum Ausgleich gebracht werden konnten. Bei den anstehenden Fragen des Kupferpreises

und der Verarbeitungstiefe scheint hier eine beiderseitig befriedigende Lösung gefunden worden zu sein.

Die Einbeziehung von Polen, eines der rohstoffreichsten Länder Europas in unsere Rohstoffversorgung hilft dabei mit, unsere Rohstoffbasis zu erweitern. Gerade bei Kupfer scheint mir das ein wichtiger Punkt zu sein. Die Bundesrepublik bezieht derzeit über die Hälfte ihres Kupfers aus nur den drei Ländern: Chile, Sambia und Zaire. Die vereinbarte Kupfereinfuhr aus Polen, immerhin zehn vH unserer Gesamteinfuhr, verringert die Abhängigkeit durch Diversifizierung. Das Abkommen dient darüber hinaus der Anregung weiterer Projekte und eröffnet der deutschen Exportindustrie weitere Chancen. Nach einer gewissen Anlaufzeit von drei bis vier Jahren wird die sich mit dem Abkommen eröffnende und nicht zu unterschätzende Deviseneinnahmenquelle der Polen weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit ermöglichen. Die immer noch ungleiche Handelsbilanz Polens ist ja das Haupthindernis des weiteren Ausbaues der wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder.

Wie üblich handelt es sich bei dem Kredit nicht um einen Staatskredit mit subventionierten Zinsvergünstigungen, sondern um einen Kredit von Bank zu Bank zu normalen Marktbedingungen. Die Bundesregierung sorgte - wie ebenfalls üblich - lediglich für die Absicherung durch eine Hermes-Bürgschaft. Andere Länder sind zum Teil bereit, wesentlich günstigere Kreditkonditionen einzuräumen, wodurch unsere Wettbewerbssituation entsprechend erschwert wird. Das Wichtigste scheint mir in dem Zusammenhang die Vermeidung eines Konditionswettlaufs für die Gewährung von Oetkrediten zu sein. Ein Verdienst der von Bundeskanzler Helmut Schmidt geführten Bundesregierung ist es, daß sich auf der Gipfelkonferenz von Puerto Rico im Juni dieses Jahres die Regierungschefs der beteiligten Länder darauf geeinigt haben, daß es dazu nicht kommen wird.

(-/4.11.1976/va/pr/ee)

+ + +

Arbeitslosigkeit bleibt eine Herausforderung

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des Oktober 1976

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Herbst ist es - auch auf dem Arbeitsmarkt, und damit mußte die Bundesanstalt für Arbeit wieder steigende Arbeitslosenzahlen melden. 45.000 sind seit dem letzten Monat dazugekommen. 943.700 Stellungsuchende sind bei den Arbeitsämtern im Oktober registriert worden. Die Arbeitslosenquote stieg um 0,2 Punkte auf 4,1 vH. Kein Grund zur Panik und kein Grund zur Freude. Die Zahlen signalisieren, daß der Aufschwung zwar zu Besserungen führt, daß aber die Lage auf dem Arbeitsmarkt noch immer nicht entspannt ist.

Saisonbereinigt nämlich macht sich der Oktober 1976 so übel nicht. Er liefert sogar noch bessere Werte als der Vormonat. Verglichen mit dem Oktober 1975 gar werden die konjunkturellen Trends sichtbar: Geringerer Zuwachs an Arbeitslosigkeit (statt 5,5 jetzt 5,0 vH), geringere Abnahme am Bestand an offenen Stellen (statt 10,8 nun 5,2 vH) und schließlich ist trotz eines Anwachsens der Kurzarbeit auf 139.500 die Tatsache zu würdigen, daß im Vorjahresmonat immerhin die Zahl der in Kurzarbeit stehenden Personen mehr als das Fünffache des derzeitigen Wertes betragen hat.

Gleichwohl: Niemand kann zufrieden sein. Schon einmal nicht wegen der absoluten Zahlen des Oktober 1976 und dann auch nicht wegen der Entwicklungen auf den einzelnen Teilarbeitsmärkten. Bei den Metall- und Elektroberufen ist erfreulicherweise noch einmal eine Abnahme der Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen gewesen, und das um 71.000 gegenüber dem Oktober 1975. Auf dem Bau hat die Saisonwende ungünstigere Daten als im Oktober 1975 geliefert, allerdings nur beim Zuwachs im Vergleich mit dem Vormonat. Tatsächlich gibt es auf dem Bau jetzt 28.000 Arbeitslose weniger als im Oktober 1975. Das heißt doch wohl, daß der saisonale Trend durch die Aufschwungkkräfte merkbar gebremst wurde. In den Textil- und Bekleidungsberufen gibt es 9.500 Stellungsuchende weniger als noch im Oktober des Vorjahres. Die Lage war erstaunlich stabil, ein günstiges Zeichen.

Vom tertiären Sektor - also den Waren-Kaufleuten, den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen - kann man das leider nicht behaupten. Hier stieg die Arbeitslosenzahl absolut gegenüber 1975 und zwar um nahezu 15.000. Das Angebot an offenen Stellen nahm noch einmal tatsächlich zum Oktober des Vorjahres um 4.000 ab. Für die Arbeitsmarktpolitik ein untrügliches Zeichen, daß der Zeitpunkt zum Gegensteuern gekommen ist.

Die Jugendarbeitslosigkeit entwickelte sich relativ undramatisch: ein Zuwachs von 1.100 in einem Monat auf nunmehr über 97.000. Das ist immer noch zuviel, aber es gibt wegen des neu geschaffenen Anspruchs auf Kindergeld für Arbeitslose im Alter von 18 bis 23 Jahren statistische Verzerrungen. Die Bundesanstalt hat erklärt, daß sich in nennenswerter Zahl wieder jene

Jugendlichen gemeldet hätten, die zwar schon seit einiger Zeit ohne Beschäftigung sind, sich aber wegen des Kindergeldes neu registrieren ließen. Wenn dem so ist, hätte eine soziale Entscheidung des 7. Deutschen Bundestages eine nützliche arbeitsmarktpolitische Komponente gehabt: Der Umfang der sogenannten "stillen Reserve" im Bereich der jugendlichen Arbeitssuchenden würde aufgehellt, die Konturen des Problems würden deutlicher.

Die Situation der Frau auf dem Arbeitsmarkt hat sich noch nicht nennenswert verbessert. Die Arbeitslosigkeit unter den ausländischen Arbeitnehmern ist gestiegen. Die höchste Arbeitslosenquote hat nach wie vor Niedersachsen und Bremen, gefolgt von Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Am ungünstigsten sind die Chancen für eine Teilzeitarbeit suchende ältere Angestellte in einem strukturschwachen Gebiet.

Besondere Hilfen für Problemgruppen des Arbeitsmarktes laufen an oder stehen kurz vor der Verwirklichung. So das Hundert-Millionen-Programm für arbeitslose Schwerbehinderte oder das 430-Millionen-Projekt, das schwergewichtig arbeitslosen Älteren Angestellten und auch Jugendlichen zugute kommen soll, die sich langfristig vergebens um eine Chance bemühten. Auch diesen Arbeitnehmern sollte zu mehr Beweglichkeit auf dem Arbeitsmarkt verholfen werden, die in strukturschwachen Gebieten wohnen und Probleme beim Wohnungswechsel haben, wenn sie den Arbeitsplätzen folgen wollen. Wie notwendig solche Programme sind, zeigen die neuesten Daten der Bundesanstalt für Arbeit ein weiteres Mal. Nur: Sie zeigen nicht genug.

Arbeitslosigkeit ist tatsächlich für die meisten Arbeitslosen kein Dauerschicksal. Auch 1976 nicht. Man staune: Von Jahresbeginn bis Oktober 76 waren 2,675.000 Millionen Arbeitslose zu registrieren. In der gleichen Zeit konnte für 1,983.000 eine neue Beschäftigung vermittelt werden. Aber die Globalstatistik weist leider nicht aus, wieviele der registrierten Arbeitssuchenden tatsächlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Wir brauchen realere Werte. Sie müssen jetzt entwickelt werden, solange kein Wahlkampf tobt. Die Politik muß in die Lage versetzt werden, durch verlässliche Daten gespickt, kurz-, mittel- und langfristig auf die Arbeitsmarktlage zu reagieren. Wenn die Schätzungen der Arbeitsämter stimmen, daß von den registrierten Arbeitssuchenden tatsächlich nur etwa 50 vH dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, dann müssen die Erhebungskriterien der monatlichen Arbeitsmarktstatistiken geändert werden und das möglichst bald.

Was den Herbst betrifft: Die Blätter fallen. Die Arbeitslosenzahlen steigen folglich wieder. Personalbedingt zwar, aber sie bleiben eine ständige Herausforderung. Ein Prüfstein für die Politik. Bei einer noch klareren statistischen Aussage könnte auch die Therapie präziser und kostenparender ansetzen.
(-/4.11.1976/vs/pr/ee)

+ + +

Plädoyer für eine Denkpause

Zum Atomenergiebeschuß der SPD Schleswig-Holsteins

Von Günther Janßen

Landesvorsitzender der SPD in Schleswig-Holstein

Die Entscheidung des SPD-Landesvorstandes in Schleswig-Holstein zum Problem Kernenergie gerät zufällig in die aktuelle Diskussion um den Baubeginn des Kernkraftwerkes in Brokdorf an der Elbe. Aber das ist nicht zufällig. Seit mehr als einem Jahr hat sich eine Fachkommission aus Wissenschaftlern und Politikern im Auftrages des Landesvorstandes mit diesem Thema befasst. Das Ergebnis dieser Arbeitsgruppe ist Basis der Entscheidung des Vorstandes, der faktisch auf die Forderung hinausküuft, den Bau aller geplanten Kernkraftwerke vorerst nicht in Angriff zu nehmen und den Außenhandel mit Kernreaktoren vorerst einzustellen. Wir fordern eine Denkpause.

Warum diese Entscheidung, die wir uns nicht leicht gemacht haben und die uns nicht leicht gefallen ist? Weil wir uns - nicht erst seit der Überraschungslageaktion der besorgten Bürger in Brokdorf durch die CDU-Landesregierung in Kiel - fragen, ob die Durchsetzung einer neuen und mit verschiedenartigen Risiken behafteten Energiequelle gegen den Widerstand einer weithin zweifelnden Bevölkerung tatsächlich die einzige Alternative zu der drohenden Energielücke darstellt. Es steht Sozialdemokraten gewiß gut an, vor dem politischen Handeln zu planen und während der Planung alle Zweifel der betroffenen Bürger so weit wie möglich auszuräumen.

Für den Kieler SPD-Landesvorstand gibt es noch offene Fragen, zu deren Beantwortung die von uns vorgeschlagene Denkpause genutzt werden sollte. Hier sind einige von ihnen:

- Welche Entwicklung des Energiebedarfs ist für die nächsten Jahrzehnte vorgesehen und vertretbar?
- Welche Belastung der Umwelt ist damit verbunden?
- Wie soll unter diesen Voraussetzungen das Recht auf Arbeit sichergestellt werden?
- Was bedeutet dies für die sicherheits- und entspannungspolitischen Interessen der Bundesrepublik?
- Was bedeutet dies für die Verteilung des Reichtums zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und Regionen der Bundesrepublik?
- Was bedeutet dies für die Verteilung der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen armen und reichen Ländern dieser Erde?

Wir sind der Meinung, daß es vor allen weiteren Entscheidungen einer politischen Grundatzdiskussion und Grundatzentscheidung über den zukünftigen Energiebedarf und die damit verbundene Perspektive für das weitere Wachstum unserer Wirtschaft bedarf. Deswegen fordern wir die Denkpause zu diesen so schwerwiegenden Entscheidungen und alle Parteien und Verbände auf, sich an der Diskussion zu beteiligen. Für den Bereich der SPD wird der Bundesvorstand aufgefordert, dieses Thema auf die Tagesordnung des nächsten Parteitagcs zu setzen und zum Bestandteil der gemeinsamen Plattform der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien zur Direktwahl des Europäischen-Parlaments zu machen.

(~/4.11.1976/kr/pr/ee)

Die Gefahr der Konfrontation vermeiden

Zur Sportpolitik bei der UNESCO-Generalkonferenz

Von Manfred Wende MdB

Sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Wahrscheinlichkeit, daß bei der vier Wochen dauernden 19. Session der Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) in Nairobi/Kenia auch die Ergebnisse und Empfehlungen der ersten UNESCO-Konferenz für Schul- und Jugendsport vom April dieses Jahres in Paris beraten und Beschlüsse gefaßt werden, ist sehr groß.

Besonders die in der Entwicklung befindlichen Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika sowie kommunistisch regierte Länder, beispielsweise die DDR oder die osteuropäischen Länder mit der UdSSR an der Spitze - zeigen nachdrückliches Interesse an einer Forcierung der Sportpolitik im Rahmen der UNESCO. Aufgrund der negativen Erfahrungen bei der Sportministerkonferenz vom April in Paris bedarf es einer beweglichen und weitsichtigen Haltung der Vertreter der Bundesrepublik, um vor allem zusammen mit den westlich-demokratischen Ländern Konzeptionen zu erarbeiten und Entwicklungen aufzuzeigen, die auch für die mit vielfältigen Problemen und Vorbehalten belasteten Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika attraktiv, glaubwürdig und realistisch sind.

Dazu gehört vor allem ein enges Zusammenwirken mit den Ländern des Europarates: mit Frankreich und Großbritannien an der Spitze. Der Drang der jungen Nationalstaaten nach mehr internationaler Mitbestimmung, Mitverantwortung ist ebenso verständlich, wie die sportpolitische Doppelstrategie der DDR oder der UdSSR seit Jahren erkennbar ist. Präsenz und Einfluß im Internationalen Olympischen Komitee und den Internationalen Föderationen einerseits und Ausweitung der sportpolitischen Aktionen durch Organisationen wie die Europäische Sportkonferenz, die UNESCO oder den Weltrat für Sport- und Leibeserziehung (CIEPS) auf der anderen Seite.

Mit welcher Intensität sich die DDR um die Durchsetzung ihrer Sportpolitik bei internationalen Konferenzen bemüht, wurde an der hochkarätigen Delegation sichtbar, die Ost-Berlin zur diesjährigen UNESCO-Sportministerkonferenz nach Paris entsandte. An der Spitze der Delegation standen der DTSS-

und NOK-Präsident, SED-ZK-Mitglied Manfred Ewalt, der Staatssekretär für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der DDR und Prof. Dr. Günter Erbach.

Ob auch durch den Wechsel an der Spitze des französischen Staatssekretariats für Sport und Jugend die überstarken Differenzierungen im westlich-demokratischen Lager zugunsten einer vertrauensvollen, dauerhaften und gemeinsamen Haltung in den Grundfragen überwunden werden können, dürfte bereits bei den sportpolitischen Beratungen in Nairobi erkennbar werden.

Die Bundesrepublik hat schon im Vorfeld der Ausrichtung der IV. Europäischen Sportkonferenz 1979 und des Olympischen Kongresses 1981 die Chance, die Fähigkeiten ihrer Sportorganisationen, der Sportwissenschaft und die sportpolitischen Erfahrungen als ein demokratischer und sozialer Bundesstaat in den Dienst des Weltsports zu stellen. Um dies im Zusammenwirken mit den politisch und gesellschaftlich besonders verbundenen europäischen Nachbarländern zu erreichen, müssen auch die Förderungs- und Initiativmöglichkeiten des Bundes ausgebaut und mehr als bisher genutzt werden. Ziel der deutschen Sportpolitik muß es sein, dazu beizutragen, daß eine weitere Spaltung und damit Blockbildung der Weltsportorganisationen und Institutionen vermieden wird, weil damit nicht zuletzt der kommunistische Einfluß auf die Sportentwicklungsländer begünstigt würde.

Der Maßstab für die Haltung der SPD zu diesen Fragen wird in den Ausführungen des Parteivorsitzenden Willy Brandt vor der UNESCO am 23. Juli dieses Jahres deutlich: "Es gibt viel Raum für Bildungshilfe, für die Vermittlung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und technischen Erfahrungen. Auch für den Austausch von Überkommenen und neugewonnenen kulturellen Werten. Es gibt Grund genug, Druck auf diejenigen auszuüben, die der wissenschaftlichen, kulturellen, geistigen Kommunikation Hindernisse in den Weg legen. Aber ich will es noch einmal sagen: Kulturelle und geistige Uniformität kann nicht das Ziel sein, dem wir uns verschreiben. Hier sehe ich die bleibende und noch wichtiger werdende Aufgabe der UNESCO für die kommenden Jahre: Auf ihren Arbeitsgebieten der Erziehung, der Wissenschaft und der Kultur dazu beizutragen, daß wir eine bessere, das heißt eine gerechtere Ordnung unserer Welt schaffen, und dabei die Vielfalt der Kulturen als Ausdruck des geistigen Lebens der Völker wahren und weiter entwickeln." (-/4.11.1976/va/pr/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller